

Die Beobachtungsstellen für Beschäftigung und Berufsbildung im Maghreb

Instrumente zur Flankierung des Wandels der Arbeitsmärkte und der Berufsbildung?

Bernard Fourcade

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Nationalen Zentrum für wissenschaftliche Forschung (Centre National de Recherche Scientifique, CNRS), Interdisziplinäre Forschungsstelle für Humanressourcen und Beschäftigung, Universität für Sozialwissenschaften Toulouse I

Schlagwörter:

Training system;
labour market; training
employment relationship;
youth unemployment;
information needs;
social partners

ZUSAMMENFASSUNG

Die drei Maghreb-Länder (Algerien, Marokko, Tunesien) führen derzeit politische Maßnahmen zur Strukturanpassung durch und stellen ihre Volkswirtschaften auf den Beitritt zur Europäischen Freihandelszone ein. Dabei durchlaufen ihre Arbeitsmärkte tief greifende Wandlungsprozesse, wobei ein Anstieg der Arbeitslosigkeit von Personen mit abgeschlossener Ausbildung zu verzeichnen ist. Die drei Länder haben hierauf rasch reagiert, indem sie eine Reihe von Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigung und der beruflichen Eingliederung ergriffen haben.

Ebenso haben diese Länder strukturelle Veränderungen ihrer Berufsbildungssysteme eingeleitet. Um die Beschaffung von Daten über die Arbeitsmärkte im Sinne einer nachfrageorientierten Steuerung der Berufsbildung zu verbessern, sollten Beobachtungsstellen für Beschäftigung und Berufsbildung eingerichtet werden. Hierbei traten jedoch zahlreiche Schwierigkeiten auf, weshalb der Aufbau dieser Beobachtungsstellen sich als langwieriges und kompliziertes Unterfangen erwies.

Die Arbeitsmärkte der Maghreb-Länder durchlaufen seit Mitte der neunziger Jahre einen tief greifenden Wandlungsprozess, der sowohl auf länderspezifische Faktoren (demografische Entwicklung, Wirtschaftspolitik, Strukturanpassung usw.) zurückzuführen ist als auch auf die Folgen der Globalisierung und die Veränderung der Beziehungen dieser Länder zur Europäischen Union, welche durch ihren künftigen Beitritt zur Freihandelszone (FHZ) bedingt ist.

Der Beitritt zur FHZ erfordert, dass diese Partnerländer die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ihrer Unternehmen, die Qualifikationen der Arbeitskräfte und damit auch die allgemeine und berufliche Bildung verbessern, um das Gefälle zwischen den Regionen nördlich und südlich des Mittelmeeres zu verringern. Der Einwanderungsdruck in die europäischen Länder stellt ebenfalls eine große Herausforderung für die Berufsbildung dar. Die Entwicklung der Humanressourcen wird künftig durch die Nachfrage gesteuert werden müssen.

Angesichts dieser Herausforderungen und raschen Veränderungen bemühen sich diese Länder um geeignete Instrumente zur Flankierung der Übergangsphase und zur Vorbereitung auf den Beitritt zur FHZ. Die Maghreb-Länder haben daher mit ihren Geldgebern Verträge unterzeichnet, die die Entwicklung von Programmen zur Förderung von Beschäftigung und Berufsbildung vorsehen. Hierzu zählt auch die Verbesserung der Informationsbeschaffung über den Arbeitsmarkt, die durch Beobachtungsstellen für Beschäftigung und Berufsbildung sichergestellt werden könnte.

Im ersten Teil dieses Beitrags werden wir versuchen, die wichtigsten Entwicklungen auf den Arbeitsmärkten der drei Länder sowie die politischen Maßnahmen, mit denen man auf diese reagierte, zu erläutern; im zweiten Teil werden wir uns damit befassen, auf welche Weise die einzelnen Länder die Schaffung von Informationssystemen über den Arbeitsmarkt angehen, wenngleich man mit der Einführung dieser Instrumente aufgrund vielfältiger Schwierigkeiten erst ganz am Anfang steht.

Die Veränderungen der Arbeitsmärkte in den neunziger Jahren

Die in den achtziger Jahren eingeleiteten Strukturanpassungsprogramme (SAP) und der Beitritt zur Welthandelsorganisation in den neunziger Jahren führten dazu, dass die Maghreb-Länder ihre Volkswirtschaften schrittweise für den internationalen Wettbewerb öffneten.

Die Schaffung einer Freihandelszone zwischen den Maghreb-Ländern und der Europäischen Union wird in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht ein einschneidendes Ereignis darstellen, denn es ist die EU, mit der diese Länder den größten Teil ihres Handels- und Kapitalverkehrs (Direktinvestitionen) abwickeln. Außerdem kommen die meisten Touristen, die die Maghreb-Staaten besuchen, aus den EU-Ländern, und die Union ist das Hauptauffangbecken für Arbeitsemigranten aus dieser Region.

Obwohl die Strukturanpassungsmaßnahmen zum Wandel des ökonomischen „Modells“ beigetragen haben, erfordert der Beitritt zur FHZ, dass diese Länder auf den Schock der wirtschaftlichen Öffnung vorbereitet werden. Die maghrebischen Volkswirtschaften haben daher eine Strategie zur Umstrukturierung und Modernisierung der Unternehmen und der allgemeinen und beruflichen Bildungssysteme entwickelt, um ein Wettbe-

werbsniveau zu erreichen, das es ihnen erlaubt, mit der internationalen Konkurrenz, und insbesondere mit Europa, Schritt zu halten.

Die neuen makroökonomischen Politiken, die mit Beginn der achtziger Jahre eingeleitet wurden, hatten lang anhaltende und tief greifende Auswirkungen auf die Arbeitsmärkte der Entwicklungsländer (Vernières, 1995), die sich in den letzten Jahren noch verschärft haben. Die grundlegende Veränderung bestand in dem Übergang von einer administrierten, von Staatsbetrieben beherrschten Wirtschaft zu einer stärker international orientierten Wirtschaft, in der dem Privatsektor größere Bedeutung zukam. Die Strukturanpassungsmaßnahmen hatten für die Arbeitsmärkte der in Entwicklung befindlichen Volkswirtschaften in den ersten Jahren gravierende Folgen: Die unmittelbaren Auswirkungen waren eine Verschlechterung der Arbeitsmarktlage (infolge der Kürzung der öffentlichen Ausgaben) und der Anstieg der Erwerbslosigkeit (insbesondere die Entwicklung einer anhaltenden Akademikerarbeitslosigkeit), ein Sinken der Realeinkommen und die Verschärfung der Armut, wozu noch strukturelle und dauerhafte Erscheinungen traten wie die Zunahme unsicherer und informeller Beschäftigungsverhältnisse (Charmes, 2004).

Außerdem sind die seit der Erringung der staatlichen Unabhängigkeit aufgebauten Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung mittlerweile weitgehend entwertet, denn aufgrund der Mechanismen der neuen Arbeitsmärkte und der wachsenden Rolle der Unternehmen des privaten Sektors haben sich erhebliche Diskrepanzen zwischen den angebotenen Ausbildungsgängen und den Bedarfen der Wirtschaft ergeben.

Dieses generelle Muster gilt in seinen Grundzügen für alle Maghreb-Staaten, doch sind die Gegebenheiten in den einzelnen Ländern bei weitem nicht identisch, und jedes Land hat seine eigene Art der „Planung“ dieses tief greifenden Wandels entwickelt.

In **Algerien**, wo die Wirtschaft von den Staatsbetrieben der Schwerindustrie beherrscht wurde, führte der Schock der Strukturanpassungsprogramme zu einem dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit und zu einer Zunahme der „informellen“ Wirtschaftstätigkeit, die ganz unterschiedliche Ausprägungen annahm und vom „traditionellen“, informellen Handel bis zu illegalen, ja kriminellen Aktivitäten reichte.

Laut Musette (1998) kann das Jahr 1986 als Scheidepunkt für den Arbeitsmarkt betrachtet werden ⁽¹⁾. Die Arbeitslosigkeit, die bis zu diesem Zeitpunkt auf unter 10 % gesunken war, begann wieder zu steigen, was als unausweichliche Folge der internationalen Wirtschaftskrise betrachtet wurde. Die Ölkrise von 1986 sollte schlagartig einen wirtschaftlichen und politischen Kurswechsel herbeiführen: Es war nun von „sinnvoller Beschäftigung“, „Arbeitskräfteüberschuss“, „Arbeitskosten“ und von der Notwen-

⁽¹⁾ Die Realität ist insofern weniger eindeutig, als 1986 aufgrund der Vorbereitungen für die Volkszählung 1987 keine Haushaltserhebung durchgeführt wurde, als die bei der RGPH 87 ermittelte Arbeitslosenquote deutlich zu hoch angesetzt war und als die Arbeitskräfteerhebung von 1989 eine niedrigere Arbeitslosenquote ermittelte.

digkeit einer „Verschlankung“ der Unternehmen die Rede. In der Folge der Unruhen vom Oktober 1988 wurden Wirtschaftsreformen eingeleitet und beschäftigungsfördernde Maßnahmen für Jugendliche ergriffen. Um den Kaufkraftverlust abzufedern, der aus der Abschaffung der Preisstützung resultierte, schuf der Staat ein „soziales Netz“, das verschiedene Beihilfen vorsah.

In diesem Zeitraum fiel auch das Ende der festen, unbefristeten Beschäftigungsverhältnisse: Das Gesetz von 1990 legte neue Formen des Arbeitsentgelts fest, schuf den „allgemeinen Arbeitnehmerstatus“ ab und erlaubte befristete Arbeitsverträge. Es gab nun keine Arbeitsplatzgarantie, kein Recht auf Arbeit mehr.

Ab 1994 wurde unter Federführung des IWF und der Weltbank die Strukturanpassung eingeleitet. Drei Maßnahmen sollten erhebliche Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben: die Liquidation der defizitären Staatsbetriebe, die Umstrukturierung der Unternehmen (Umsetzung interner Konsolidierungspläne) und die Betreuung gefährdeter Branchen und Betriebe. So wurden 815 Unternehmen aufgelöst, wobei während der Jahre 1994-97 ein Gesamtverlust von 405 000 Arbeitsplätzen zu verzeichnen war (Musette, Isli, Hammouda, 2002). Diese Entlassungen bedeuteten die Freisetzung von Angestellten und Beamten des modernen öffentlichen Sektors, der ein geschütztes Marktsegment darstellte, und setzten diese in unabhängigen und wettbewerbsfähigen Marktsegmenten ein (GmbHs, die von ehemaligen öffentlichen Angestellten und Beamten aufgebaut wurden, Rückkehr von Pensionären als Vertretungskräfte usw.).

Die Arbeitslosenquote stieg von 24 % im Jahre 1994 auf 29 % im Jahre 1997. Für den Nationalen Wirtschafts- und Sozialrat (*Conseil national économique et social*) sind die Strukturanpassungsmaßnahmen die Hauptursache für den Anstieg der Arbeitslosigkeit und den grundlegenden Wandel ihres Profils: Die Frauenerwerbslosigkeit nahm deutlich zu, der Anteil der Hausfrauen, die einen Arbeitsplatz suchten, stieg rasch an; die Arbeitslosigkeit von Berufsanfängern wurde zum Massenphänomen, der typische Arbeitslose verfügte nur über ein niedriges Qualifikationsniveau. Die Erwerbslosigkeit wurde nun vor allem zu einer urbanen Erscheinung, viele Arbeitslose gaben die Suche nach einem Arbeitsplatz auf und wurden an den Rand der Gesellschaft gedrängt; die Zahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse nahm zu.

Es waren aber noch tiefgreifendere Auswirkungen auf das Erwerbsverhalten zu beobachten: ein Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit, das Wiederauftreten der Kinderarbeit und eine Zunahme des Kleinstgewerbes. Der sinkende Lebensstandard der gefährdeten Gruppen zwang diese zu Überlebensstrategien, die über das Erwerbsverhalten hinaus gingen und die Familienstrukturen betrafen (Rückgang der Eheschließungen, niedrige Geburtenrate).

Eine weitere Folge der Strukturanpassungsprogramme war der Verlust sozialer Werte, der aus dem Ende der Illusion einer klassenlosen Gesellschaft resultierte (Musette, 2000). Insbesondere die Schule erlebte eine

schwere Krise, denn sowohl intern (ein hoher Schwund an Schülerzahlen zwischen Primärbereich und Hochschulebene) als auch extern (Ausbildungsabschlüsse verloren weitgehend ihren Wert, weil Abschlussinhaber und Personen ohne Abschluss gleichermaßen von Arbeitslosigkeit betroffen waren) hatte sie nur noch eine dürftige Bilanz vorweisen. Der soziale Aufstieg erfolgte nicht mehr über die Schule, deren Reform in jeder Hinsicht gescheitert war. Fast überall schossen Privatschulen aus dem Boden, die zwar verboten waren, aber geduldet wurden. Generell wurde die algerische Gesellschaft von einer Welle der Illegalität erfasst, die weit über die Zunahme informeller Aktivitäten hinausging.

So ist seit Beginn der Maßnahmen zur Liberalisierung der algerischen Wirtschaft im Jahre 1989 (Bounoua, 2002) ein Anstieg informeller Aktivitäten zu beobachten, dessen Ausmaß deutlich das übertrifft, was zuvor im wirtschaftlichen und sozialen Gefüge des Landes verbreitet war. Steuerhinterziehung, Korruption, Unterschlagungen und andere Gesetzesverstöße sind nun die vorherrschenden Merkmale der algerischen Volkswirtschaft. Hammouda (2002) legt auf der Grundlage der von den Statistikkonferenzen vorgenommenen Definitionen (Internationales Arbeitsamt, 1993) eine Vergleichstabelle der verschiedenen Ansätze zur Erfassung informeller Beschäftigung vor. In allen Fällen ist die informelle Beschäftigung in Algerien signifikant gestiegen: So nahm beispielsweise der „informelle Sektor“ von 26,6 % der Beschäftigung im nicht-landwirtschaftlichen Bereich im Jahre 1992 auf 34,7 % im Jahre 2001 zu, und die Zahl der Erwerbstätigen, die in einem Privatunternehmen beschäftigt waren, stieg von 38,9 % der Beschäftigten im nicht-landwirtschaftlichen Bereich auf 47,7 % im Jahre 2001 ⁽²⁾.

Angesichts der Verschärfung der Arbeitslosigkeit wurde eine Reihe von Programmen zu ihrer Bekämpfung eingeleitet. Für die verschiedenen Kategorien von Erwerbslosen wurden vier Maßnahmen zur „Beschäftigungsförderung“ umgesetzt: Maßnahmen für Jugendliche (ESIL – *emplois salariés d'initiatives locales* – Lokale Initiativen für abhängige Beschäftigung); TUPHIMO (*travaux d'utilité publique à haute intensité de main-d'œuvre* – Gemeinnützige Tätigkeiten mit hohem Arbeitskräftebedarf); CPE: (*contrats de pré-emploi* – beschäftigungsvorbereitende Verträge), für von Personalabbau betroffene Arbeitnehmer und für junge erstmalig Stellensuchende (Gründung von Kleinstunternehmen) sowie schließlich Kleinstkredite. Zudem wurden neue Institutionen geschaffen, um die Durchführung dieser Maßnahmen sicherzustellen: die ADS (*Agence de développement social* – Agentur für soziale Entwicklung), die ANSEJ (*Agence nationale de soutien à l'emploi des jeunes* – Staatliche Agentur zur Förderung der Beschäftigung Jugendlicher) und die CNAC (*Caisse nationale d'assurance chômage* – Staatliche Arbeitslosenversicherung). Insgesamt aber haben sich diese Maßnahmen, wie das CNES unterstreicht, als unzureichend für die Bekämpfung der Ausgrenzung von Jugendlichen erwiesen, denn sie boten nur

⁽²⁾ Quelle: vom Staatlichen Amt für Statistik (ONS) durchgeführte Haushaltserhebungen.

Warteschleifen an oder bestenfalls die Möglichkeit, erste berufliche Erfahrungen zu sammeln, jedoch ohne Aussicht auf einen festen Arbeitsplatz. 2004 wurden neue Maßnahmen eingeführt (Kleinstkredite, Existenzgründungen von Erwerbslosen im Alter von 35 bis 50 Jahren) und die bestehenden intensiviert oder abgeändert.

In **Marokko** zeichnet sich das Wirtschaftswachstum seit vielen Jahren durch ein ständiges Auf und Ab aus, was durch die unbewässerte Landwirtschaft und ihre Abhängigkeit von klimatischen Schwankungen bedingt ist. Die marokkanische Volkswirtschaft ist außerdem mit einem strukturellen Ungleichgewicht auf dem urbanen Arbeitsmarkt konfrontiert: Das Arbeitsangebot wächst stetig, die Beschäftigung jedoch in viel geringerem Maße und umfasst vor allem unqualifizierte Tätigkeiten. Marokko leidet daher unter einer strukturellen Arbeitslosigkeit, die von Langzeitarbeitslosigkeit und der Arbeitslosigkeit erstmalig Stellensuchender geprägt ist.

Die Strukturanpassungsprogramme wurden ab den achtziger Jahren umgesetzt und hatten ab Beginn der neunziger Jahre schwer wiegende Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, denn es kam zu einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit und insbesondere der Arbeitslosigkeit von Personen mit abgeschlossener Ausbildung. Obwohl Schätzungen zufolge jährlich rund 240 000 Jugendliche ohne Abschluss von der Schule abgehen, ist diese Gruppe relativ gesehen weniger stark von Arbeitslosigkeit betroffen als Jugendliche, die über einen Abschluss verfügen (2001 stellten Erstere über die Hälfte der Erwerbsbevölkerung, aber nur 29,4 % der Arbeitslosen). Der Anteil von Personen mit abgeschlossener Ausbildung an der Erwerbslosenpopulation stieg stetig von 15,2 % im Jahr 1992 auf 24,7 % im Jahr 2001, und die Arbeitslosenquote in dieser Gruppe stieg über denselben Zeitraum von 16,8 % auf 26,3 %, womit sie sehr viel höher ist als bei Personen ohne Ausbildungsabschluss (die sich bei etwa 11 % eingependelt hat).

Marokko ergriff daher ab Beginn der neunziger Jahre eine Reihe von Maßnahmen, die speziell auf Personen mit abgeschlossener Ausbildung ausgerichtet waren. Die Gründung des Nationalen Zentrums für Jugend und Zukunft (*Centre National de la Jeunesse et de l'Avenir*) im Jahr 1992 ermöglichte die Durchführung von Studien und Arbeiten, die sich mit der Arbeitsmarktsituation und der beruflichen Eingliederung von Jugendlichen befassten und die die Grundlage für erste staatliche Maßnahmen bildeten. Dabei handelte es sich um das Nationale Programm für die Eingliederung von Personen mit abgeschlossener Ausbildung (*Programme national d'insertion des diplômés chômeurs*, PNIDC), die in einer groß angelegten, punktuellen Vermittlungsinitiative bestand, welche aber nur sehr unbefriedigende Resultate erbrachte.

Ab 1993 wurden staatliche Vermittlungsstellen geschaffen, um eine bessere Informationsverbreitung sicherzustellen: die Informations- und Beratungszentren für Beschäftigung (*Centres d'information et d'orientation pour l'emploi*, CIOPE), die direkt auf dem Arbeitsmarkt für Personen mit abgeschlossener Ausbildung tätig werden sollten. Sie wurden nicht den

Arbeitsverwaltungen, sondern dem Amt für Berufsbildung und Arbeitsförderung (*Office de la formation professionnelle et de la promotion du travail*, OFPPT) unterstellt, und in erster Linie mit der Durchführung des Nationalen Programms für Ausbildungsmaßnahmen zur beruflichen Eingliederung betraut sowie 1997 mit der Umsetzung des neuen Aktionsprogramms für Beschäftigung (*Programme d'action pour l'emploi*, PAE), das die Eingliederung von Personen mit abgeschlossener Ausbildung als Arbeitnehmer im privaten Sektor fördern sollte. Dieses Programm zeigte in quantitativer Hinsicht positive Ergebnisse: eine Dynamisierung der öffentlichen Arbeitsvermittlung, eine Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit der Jugendlichen sowie der Betreuung und Beratung der Unternehmen. Allerdings belegten eingehendere Analysen, die in der Stadt Marrakesch vorgenommen wurden, dass diese Resultate bezüglich der beiden letzteren Effekte stark zu relativieren sind (Bougroum und Ibourk, 2002).

Ganz anders präsentiert sich die wirtschaftliche und soziale Lage in **Tunesien**. Seit 1986 wird eine Strategie zur Umstrukturierung und Modernisierung der Wirtschaft umgesetzt, um die Wettbewerbsfähigkeit des Landes soweit zu stärken, dass es auf internationaler Ebene und insbesondere mit Europa konkurrieren kann. Diese Strategie basierte auf dem „tunesischen Entwicklungsmodell“, das in den achtziger Jahren entstand und dessen Hauptmerkmal das Bemühen um Ausgewogenheit ist: zwischen der Notwendigkeit wirtschaftlicher Effektivität, die sich in einem hohen und gleich bleibenden wirtschaftlichen Leistungsniveau zeigte, und dem Zusammenhalt des sozialen Gefüges und der Bewahrung des sozialen Friedens mittels einer Stärkung der sozialen Sicherungsstrukturen, die als Instrument zur Bekämpfung der Ausgrenzung betrachtet werden. Folglich hatte das Land bedeutende wirtschaftliche Erfolge zu verzeichnen, dank derer das Pro-Kopf-Einkommen von 870 USD im Jahr 1987 auf 2170 USD im Jahr 1996 stieg und Tunesien nun zu den Ländern mit mittlerem Einkommensniveau zählt. Diese Entwicklung ist das Resultat eines durchschnittlichen Wachstums des BIP von jährlich 4,6 % während des besagten Zeitraums.

Das Strukturanpassungsprogramm (SAP) zeigte positive Auswirkungen (Tunesien wurde vom IWF und der Weltbank als „Musterschüler“ eingestuft) und die sozialen Folgen der Reformen konnten recht gut in Schranken gehalten werden: Die Privatisierungen führten nicht zu hoher Arbeitslosigkeit unter den Entlassenen, die Arbeitslosenquote scheint sich seit einigen Jahren bei 15 % eingependelt zu haben – ein hoher Prozentsatz, der nach Dafürhalten einiger Analysten eher auf Probleme bei der Berechnung als auf die Schwäche des Arbeitsmarktes verweist⁽³⁾. Ein „Anpassungsprogramm“, das mit finanzieller Unterstützung der Weltbank und der Europäischen Union (Projekt MANFORME) durchgeführt wurde, bezog

⁽³⁾ Nach Rama (1998) würde die tatsächliche Arbeitslosenrate, wenn man die Erstantragsteller ausnimmt, merklich niedriger ausfallen: „the unemployment rate excluding first-time seekers is low by any standard“.

auch das Berufsbildungssystem ein. Laut dem Industrieministerium registrierten die Unternehmen etwa ab dem Jahr 2000 erstmals positive Effekte, was den Durchbruch auf ausländischen Märkten und den Prozentsatz an beschäftigten Führungskräften (*taux d'encadrement*) betraf.

Allerdings ist in Tunesien eine Verschlechterung der Eingliederungssituation von Personen mit abgeschlossener Ausbildung zu beobachten, was sich in der Langzeitarbeitslosigkeit eines Teils der Inhaber einer Magisterabschlusses (die Arbeitslosenquote der Erwerbspersonen mit „Hochschulausbildung“ stieg von 3,6 % im Jahr 1994 auf 7,8 % im Jahr 1997 und 8,7 % im Jahr 1999 ⁽⁴⁾) und in einer gewissen Dequalifizierung zu Beginn des Erwerbslebens ⁽⁵⁾ ausdrückt, wobei jedoch in der Wirtschaft weiterhin eine hohe Nachfrage nach Personen mit abgeschlossener Ausbildung und insbesondere nach Technikern besteht ⁽⁶⁾.

Die informelle Wirtschaft spielt in Tunesien ebenfalls eine wichtige Rolle. Wenn das Land die Anpassungsphase ohne größere soziale Erschütterungen überstanden hat, dann deshalb, weil die tunesische Wirtschaft sich „dank ihres nicht strukturierten oder informellen Bereichs gefangen hat“ (Sbouï, 2002). Die wirtschaftliche Destabilisierung förderte die Informalisierung der Arbeit und die Tendenz zu selbstständigen Tätigkeiten, was insbesondere für die urbanen Zonen gilt. Zwischen 1980 und 1994 nahm die informelle Beschäftigung um 6,3 % zu, was zunächst gering erscheinen mag, doch wenn man den nicht-landwirtschaftlichen Bereich betrachtet, dann ist für den besagten Zeitraum ein Anstieg von 37 auf 49 % zu verzeichnen. Eine typologische Analyse der informellen Tätigkeiten in der Stadt Sfax (Sbouï, 2002) unterscheidet zwischen entwicklungsfähigen Kleinstbetrieben (bereits aufgebaut oder im Aufbau begriffen), stagnierenden landwirtschaftlichen Kleinstbetrieben und marginalen Tätigkeiten. Die Vielfalt dieser informellen Produktionssysteme in Tunesien belegt, dass der informelle Sektor alles andere als ein Ausweichsektor ist. Im Gegenteil, dank seiner Dynamik und seines Potenzials kann er eine wichtige Rolle im Entwicklungsprozess spielen.

Die tunesische Regierung ergriff ab Ende der achtziger Jahre verschiedene Maßnahmen, um Jugendlichen angesichts der steigenden Erwerbslosigkeit bei der Arbeitssuche zu helfen. Mit dem „Arbeitsvertrag für die Ausbildung“ (*contrat emploi formation*, CEF) konnten seit seiner Einführung 35 000 Jugendliche eingegliedert werden. Das „Praktikum zur Einführung ins Berufsleben“ (*stage d'initiation à la vie professionnelle*, SIVP) wandte sich an Hochschulabsolventen, wobei das SIVP I 18 000 Jugendlichen und das SIVP II 9700 Jugendlichen die Möglichkeit verschaffte, sich Berufserfahrung anzueignen. Der „Fonds zur beruflichen Eingliederung und Anpassung“ (*fonds d'insertion et d'adaptation professionnelle*, FIAP) ermöglichte die Finanzierung von sechs verschiedenen Maßnahmentypen

⁽⁴⁾ Laut den nationalen Erhebungen des INS zur Beschäftigung; die Zahlen für die folgenden Jahre waren noch nicht veröffentlicht.

⁽⁵⁾ Ben Sédrine und Geisser, 1997.

⁽⁶⁾ Siehe vor allem Ghali, Mohnen, 2002.

für Arbeitnehmer, in die 2800 Unternehmen und 33 000 Arbeitnehmer einbezogen wurden.

Angesichts all dieser neuen sozialen Probleme (Entstehung einer neuen Arbeitsplatzunsicherheit, Entwicklung der Arbeitslosigkeit von Personen mit abgeschlossener Ausbildung, Informalisierung von Wirtschaft und Beschäftigung, Planung der Beziehung Beschäftigung-Ausbildung, Frauenerwerbstätigkeit) traten in den drei Ländern die Grenzen und Unzulänglichkeiten der klassischen Institutionen zur Beschaffung statistischer Informationen zu Tage. Zwar erlauben Sie die Ermittlung bestimmter Grundtendenzen ⁽⁷⁾, ermöglichen aber keine Analyse einzelner Aspekte und leisten auch keinen Beitrag zur Entwicklung effizienter Politiken, insbesondere im Bereich der Berufsbildung.

Der Aufbau von Beobachtungsstellen in den Maghreb-Ländern: Strategien und Schwierigkeiten

Auf die Umwälzungen ihrer Volkswirtschaften und Arbeitsmärkte reagierten die Maghreb-Länder, wie wir gesehen haben, sehr schnell mit Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Jedoch nahmen sie auch eher strukturelle Änderungen vor, indem sie sich um eine Umgestaltung ihrer Berufsbildungssysteme bemühten, die eine Schlüsselfunktion für den Arbeitsmarkt besaßen, aber nur überholte Ausbildungsgänge anboten, die nicht mehr den neuen wirtschaftlichen Entwicklungen entsprachen.

Die Notwendigkeit einer Neuausrichtung der Berufsbildung auf die Marktnachfrage ließ die Problematik der Qualität der Informationen über Beschäftigung und Berufsbildung offenbar werden und verdeutlichte die Dringlichkeit der Einrichtung von Beobachtungsstellen, um die augenfälligsten Defizite zu beseitigen.

Jedes Land wählte seinen eigenen Weg, was die Konzeption und Vorgehensweise bei der Einrichtung von Beobachtungsstellen betraf, ohne dass bislang eines dieser Systeme funktionsfähig ist. Wir werden im Folgenden versuchen, einige der Gründe dafür zu erläutern, dass diese Bestrebungen zur Verbesserung der Informationen über Beschäftigung und Berufsbildung bis heute nur so dürftige Ergebnisse erbracht haben.

(7) Nur mithilfe einiger statistischer Kunstgriffe, wie sie Charnes (1991) zur Ermittlung der informellen Beschäftigung in Algerien anwandte.

Die Beobachtungsstellen als Instrumente zur Neuausrichtung der Berufsbildungssysteme

Algerien

Algerien initiierte zunächst 1997 im Rahmen des UN-Programms für Entwicklung (PNUD) ein Projekt, das der „Unterstützung der Umsetzung der Politik zum Erhalt und zur Förderung von Beschäftigung“ dienen sollte. Damit sollte eine nationale Strategie vorangetrieben werden, die Anreize für Sachinvestitionen durch den Privatsektor und für die Entwicklung der KMU/KMI beinhaltete, sowie außerdem die Öffnung des Finanz- und Bankensektors für den internationalen Wettbewerb, die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität der öffentlichen und privaten Unternehmen in Algerien und die Umstrukturierung des öffentlichen Sektors. Als notwendigen Bestandteil der Strategie erachtete man staatliche Maßnahmen, um die sozialen Folgen der Anpassung der Produktionseinheiten an die internationalen Wettbewerbsstandards abzufedern, die der Beitritt Algeriens zur Welthandelsorganisation und seine Assoziierung mit der Europäischen Union mit sich brachte.

Das Projekt sollte den Übergangsprozess durch die berufliche Wiedereingliederung der aus dem Produktionssystem ausgegrenzten Arbeitskräfte sowie durch die Organisation der wirtschaftlichen Umstrukturierung flankieren und dabei gleichzeitig die sozialen Solidaritätsstrukturen stärken, um eine Ausweitung der Armut zu verhindern. Es umfasste drei große Teilbereiche, die auch das Bemühen um eine Verbesserung der Informationen über Beschäftigung und Berufsbildung beinhalteten: (i) die Förderung der Umsetzung der nationalen Strategie für Beschäftigung, Berufsbildung und Lernen, (ii) die Stärkung der konzeptionellen und operationellen Fähigkeiten der staatlichen Institutionen und ihrer Partner aus dem privaten Sektor in den Bereichen der Beschäftigungsförderung, der Planung von Programmen und der damit verbundenen Maßnahmen für die Schaffung eines Statistiksystems, (iii) die Verbesserung der Fähigkeit der zentralen Dienststellen und Einrichtungen des Arbeitsministeriums im Hinblick auf die Erzeugung von Informationen, die für die Steuerung der Beschäftigungspolitik und die Evaluierung der Auswirkungen der makroökonomischen Politiken auf den Arbeitsmarkt erforderlich waren.

Im Rahmen dieses letzten Teilbereichs entstand ein Konzept für eine Beobachtungsstelle (dieser Begriff wird jedoch nicht verwendet), die mit der Erzeugung von „Informationen und Modellen [betraut ist], welche für die Steuerung, die Beobachtung und die Evaluierung von Beschäftigung und Berufsbildung erforderlich sind“ und auf deren Grundlage nach Bestandsaufnahme der verfügbaren Quellen und Daten und nach Ermittlung der neuen Informationsbedarfe eine Informationstafel erstellt werden sollte. Dieser Teilbereich beinhaltete auch eine Harmonisierung von Begriffen und Nomenklaturen, die Konzeption und Entwicklung ergänzender Erhebungen, wie zum Beispiel über die berufliche Eingliederung von Abgängern aus dem Berufsbildungssystem. Das Projekt umfasste die Bereitstellung von operationellen Informationen, mithilfe derer das Berufsbildungssystem ent-

sprechend den Anforderungen des Marktes gestaltet werden konnte. Es sah zudem die Einbindung der Sozialpartner vor und sollte diese mit den Grundlagen und der Anwendung internationaler Normen vertraut machen, um die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu verbessern. Zu guter Letzt wurden auch die Verbreitung der Informationen und die Evaluierung der politischen Maßnahmen nicht vergessen. Obwohl das Projekt sehr allgemein formuliert war, enthielt es doch alle grundlegenden Aspekte der Projekte für die geplanten Beobachtungsstellen für Berufsbildung und Beschäftigung, die man in den drei Ländern findet.

Das Projekt wurde 2001 ohne die erhofften Resultate abgeschlossen, wengleich der Teilbereich, der die Beobachtungsstelle betraf, eine gründliche Analyse des Informationssystems und der Bedarfe der verschiedenen Akteure ermöglichte ⁽⁸⁾. Allerdings wurde damit noch kein neues Informationssystem geschaffen.

Noch im gleichen Jahr aber wurden die Arbeiten dank der Unterstützung der Europäischen Stiftung für Berufsbildung (ETF) mit der Bildung einer Projektgruppe wieder aufgenommen, die aus den wichtigsten institutionellen Akteuren im Bereich Berufsbildung und Beschäftigung bestand (insbesondere das Ministerium für Arbeit und soziale Sicherung, das Ministerium für Berufsbildung, das Cerpeq, das Indefoc, das CREAD, das Finanzministerium, die UGTA, das ONS ⁽⁹⁾). Diese Gruppe, in der die leitenden Mitarbeiter des Ministeriums für Berufsbildung eine treibende Rolle spielten, bemühte sich intensiv um eine enge Verknüpfung der Informationen über Beschäftigung und Berufsbildung.

Das Resultat dieser Arbeiten war das Konzept einer Beobachtungsstelle für Berufsbildung und Beschäftigung (*Observatoire de la formation professionnelle et de l'emploi*, OFPE), die den Bedarf an Arbeitsplätzen und Qualifikationen vorausschätzen sollte, wofür aber keine neue Einrichtung, sondern lediglich ein neu strukturierter Aufgabenbereich in Form eines Sektoren übergreifenden Netzwerkes geschaffen werden sollte. Der Abschlussbericht beschreibt dessen Arbeitsweise und Organisationsstruktur, die Beobachtungsfelder und -bereiche, die Indikatoren usw. Diese Überlegungen können als Ergebnis einer Reihe von Untersuchungen und Diskussionen betrachtet werden, die in Algerien zu zahlreichen Berichten führten, auf denen das Gruppenprojekt aufbauen konnte: Die (oben angeführten) Arbeiten von CREAD, der Bericht des CNES über die Berufsbildung (1999), das Gutachten von PNUD über die Berufsbildung (2000) sowie der Bericht über die berufliche Bildung, der von der Europäischen Stiftung für Berufs-

⁽⁸⁾ Vom CREAD (*Centre de recherche et d'études appliquées sur le développement* – Zentrum für Forschung und angewandete Studien zur Entwicklung) im Jahre 1999 erstellter Bericht.

⁽⁹⁾ CERPEQ (*Centre d'études et de recherches sur les professions et les qualifications* – Forschungszentrum für Berufe und Qualifikationen), INDEFOC (*Institut national de développement et de promotion de la formation continue* – Staatliches Institut für die Entwicklung und Förderung der Weiterbildung), ONS (*Office national des statistiques* – Staatliches Amt für Statistik), UGTA (*Union générale des travailleurs algériens* – Allgemeiner Bund der algerischen Arbeiter).

bildung (2001) erstellt wurde. Auch das Finanzministerium führte eine Qualitätsprüfung des Berufsbildungssystems durch (2001).

Dank der Arbeit der Projektgruppe konnte zwischen dem algerischen Ministerium für Berufsbildung und dem Arbeitsministerium ein Vertragsprotokoll für eine Partnerschaft zur Durchführung von Maßnahmen unterzeichnet werden, die der Beobachtung von Berufsbildung und Beschäftigung dienen sollten (November 2001). Diese Vereinbarung sollte eine Vernetzung der Partner einleiten, um die Beobachtungstätigkeit zu entwickeln; es wurden jedoch zunächst keine entsprechenden Maßnahmen ergriffen.

Entwickeln sich in Algerien zwei Typen von Beobachtungsstellen?

In der jüngsten Vergangenheit wurde die Vernetzung der Partner, die die Beobachtungstätigkeit in Algerien sicherstellen soll, jedoch durch zwei neue Projekte vorangetrieben. Ein „Projekt zur Förderung der Anpassung der Berufsbildung in Algerien“, das von der algerischen Regierung und der Europäischen Gemeinschaft kofinanziert und unter Federführung des Ministeriums für Berufsbildung durchgeführt wird, enthält einen wichtigen Teilbereich zur „Förderung der Abstimmung zwischen Arbeitsmarkt und Berufsbildung“, der unter anderem die „Einrichtung einer Beobachtungsstelle für Berufsbildung und Beschäftigung“ vorsieht.

Die Aufgabe dieser Beobachtungsstelle soll darin bestehen, „auf Nachfrage der staatlichen Behörden, der Arbeitgeber, der Berufsverbände und der Sozialpartner alle Arten von Erhebungen zu konzipieren, die es erlauben (i) für jede Branche oder jeden Wirtschaftssektor die Arbeitsmarktdaten auf lokaler und regionaler Ebene sowie auf allen Qualifikationsniveaus und außerdem deren mittel- und langfristige Entwicklungsperspektiven zu ermitteln, die sich aus den eingeleiteten oder geplanten Entwicklungsprojekten und -programmen ergeben; (ii) die Daten insbesondere für die Steuerung des Berufsbildungssystems nutzbar zu machen; (iii) die Verbreitung der Ergebnisse dieser Erhebungen unter den betroffenen Akteuren und in der Öffentlichkeit sicherzustellen; (iv) das Netzwerk der Beobachtungsstelle für Berufsbildung und Beschäftigung zum Ressourcenzentrum des strategischen Überwachungsinstruments für die Steuerung des beruflichen Bildungssystems zu machen“. Allerdings hat die für die Projektleitung zuständige Stelle die Umsetzung dieses Teilbereichs noch nicht eingeleitet.

Im Juli 2004 schuf das Arbeitsministerium jedoch eine neue Einrichtung, die vom Arbeitsminister die offizielle Bezeichnung „Beobachtungsstelle für den Schutz und die Förderung von Beschäftigung“ (*Observatoire pour la protection et la promotion de l'emploi*, OPPE) erhielt. Sie ist als Konzentrierungs- und Koordinierungsplattform gedacht, auf der alle Sektoren und Organisationen vertreten sind, die sich direkt mit Beschäftigungsfragen befassen. Die Beobachtungsstelle steht in direktem Zusammenhang mit dem Präsidentialprogramm, das für den Fünfjahreszeitraum 2004/2009 die Schaffung von 2 Millionen Arbeitsplätzen anstrebt. Sie besteht aus Vertretern

von elf Ministerien, die Arbeitsplätze schaffen, sechs Fachinstituten, sechs Partnern aus der Wirtschaft und dem sozialen Bereich sowie vier Facheinrichtungen für Beschäftigungsfragen. Zu ihren Aufgaben zählen einmal pro Quartal erfolgende, sektorenbezogene Evaluierungen der Beschäftigungsprogramme, die Erstellung einer nationalen Bilanz sowie eines Arbeitsmarktberichts und der Aufbau einer Datenbank zur Beschäftigung. Vier Ausschüsse sind mit der Verdichtung von Informationen, der Sammlung beschäftigungsrelevanter Daten, der Erarbeitung einer Strategie zur Beschäftigungsplanung für alle Wirtschaftszweige und der Bereitstellung von Informationen für Jugendliche befasst. Was die Beschäftigungsstrategie betrifft, so wurden die wichtigsten Sektoren mit Beschäftigungspotenzialen bereits ermittelt (Wohnungsbau, Landwirtschaft, KMU/KMI, Tourismus, Hoch- und Tiefbau): Diese Sektoren könnten dem Ministerium zufolge 2,5 Millionen Arbeitsplätze schaffen und die Arbeitslosenquote in einem Zeitraum von fünf Jahren von 23,6 % auf 11 % senken.

Noch ist es zu früh, um zu beurteilen, ob die Schaffung von zwei Beobachtungsstellen der Erzeugung der Informationen, die für die Steuerung der Beschäftigungs- und Berufsbildungspolitik fehlen, dank gut koordinierter Bemühungen dienlich sein wird, oder ob sie neue Probleme verursachen wird, indem sie zum Beispiel zu Konflikten um die jeweils verwendeten Ansätze führt, wie es in der Vergangenheit bei der Berechnung der Arbeitslosenquote der Fall war (Edjekouane, 1998).

Marokko

Seit Mitte der neunziger Jahre wurden mehrere Gesetze und Verordnungen erlassen, um den Berufsbildungssektor, der in der Nationalen Charta für allgemeine und berufliche Bildung (die im Dezember 1999 verkündet wurde) als unentbehrlicher Bestandteil der Beschäftigungspolitik anerkannt wurde, besser zu organisieren. Das marokkanische Berufsbildungssystem wurde seit den achtziger Jahren deutlich fortentwickelt und umstrukturiert, konnte aber nicht alle Erwartungen erfüllen, und hier insbesondere nicht den Ausbildungsbedarf einer stetig wachsenden Zahl von Schulabbrechern decken (rund 200 000 Jugendliche gehen jährlich aus dem Bildungssystem ab, ohne andere Aussicht als den informellen Sektor und die Auswanderung) und ebenso wenig den Ansprüchen der Unternehmen genügen.

Die Berufsbildung durchläuft demnach seit etwa zehn Jahren einen Anpassungsprozess, der die schrittweise Umstrukturierung des Sektors vorsieht, damit dieser künftig in der Lage ist, die für die Entwicklung des Landes notwendigen Kompetenzen zu erzeugen. Die eingeleitete Reform orientiert sich jedoch vorwiegend am Bedarf der Unternehmen und berücksichtigt kaum die sozialen Bedürfnisse. Sie soll die Entwicklung von Partnerschaften mit den Berufsverbänden und mittels der Einführung neuer Ausbildungsgänge die Diversifizierung der Erstausbildung fördern; außerdem soll sie die Curricula umstrukturieren und neue Ausbildungsformen (alternierende Ausbildung, Lehre usw.) sowie die Weiterbildung in den Unternehmen entwickeln.

Diese Reform wird technisch-fachlich und finanziell von verschiedenen Geldgebern (Weltbank, Europäische Union, Frankreich, Deutschland, Kanada, Belgien, Italien und Spanien) mittels verschiedener Projekte unterstützt.

Im Anschluss an das Projekt MEDA I, das bereits der Anpassung der Berufsbildung dienen sollte, wird im Rahmen des Projekts MEDA II, das von der Europäischen Union gefördert und unter Federführung des Ministeriums für Berufsbildung umgesetzt wird, ein sektoraler Ansatz verfolgt, der als sinnvollster Weg betrachtet wird. So gibt es in Marokko drei Sektoren (Tourismus, Textil und Bekleidung, neue Informations- und Kommunikationstechnologien), denen ein besonders großes Entwicklungspotenzial bescheinigt wird. In diesen Branchen verfolgt das Projekt drei Ziele: Es soll die Ermittlung des Kompetenzbedarfs in den Unternehmen fördern, die Kenntnis des Arbeitsmarkts verbessern und die notwendigen Informationen zur Erfassung der sektoralen Bedarfe sammeln sowie das Angebot an öffentlichen Ausbildungsmaßnahmen ausbauen. Die Erzeugung stichhaltiger Daten für die Steuerung der Berufsbildung bildet daher das Herzstück des Projekts.

Die verspäteten Projekte für Beobachtungsstellen in Marokko

Mit der Problematik der für die Veränderung des Berufsbildungssystems erforderlichen Informationen befasste man sich in Marokko weit später als in den anderen beiden Ländern. Zwar ließ das Land Ende der neunziger Jahre Studien über die Zweckmäßigkeit und Realisierbarkeit von Beobachtungsstellen durchführen – und hier insbesondere ein Projekt zur Errichtung eines Studienzentrums über die Beziehung zwischen Beschäftigung und Ausbildung (CELFE) und eine Studie über den Aufbau einer regionalen Beobachtungsstelle für Beschäftigung und Berufsbildung in Casablanca. Diesen Projekten folgten jedoch keine konkreten Maßnahmen.

Erst in der jüngsten Vergangenheit (im Jahr 2003) hat sich das Staatssekretariat für Berufsbildung (*Secrétariat d'État à la formation professionnelle*, SEFP) dieser Thematik erneut angenommen. Der Zeitraum 2002-2003 bildete die Phase des Übergangs vom Projekt MEDA I, das mit Unterstützung der Europäischen Union die Berufsbildung förderte, zum Projekt MEDA II. Letzteres stellt, wie wir oben gesehen haben, eine direktere Verbindung zwischen der Informationsbeschaffung, die für eine nachfrageorientierte Steuerung des Berufsbildungssystems erforderlich ist, und der Problematik der Anpassung der Ausbildung her.

Das SEFP wandte sich zudem an die Europäische Stiftung für Berufsbildung (ETF), um diese um Unterstützung für die Wiederankurbelung der Projekte für Beobachtungsstellen zu bitten, die einige Jahre zuvor entwickelt worden waren, konnte sich jedoch zunächst nicht für einen der beiden Ansätze entscheiden. So gab das SEFP anfangs einer regionalen Beobachtungsstelle (für „Groß-Casablanca“) den Vorzug, optierte dann aber bald für einen sektoralen Ansatz, der mit den Tätigkeiten des Projekts MEDA II verknüpft werden sollte.

Im Vergleich zu den anderen beiden Maghreb-Ländern zeichnet sich die Situation in Marokko dadurch aus, dass die Berufsverbände in den drei wichtigsten Wirtschaftssektoren dringend eine Verbesserung der Instrumente für die Planung von Berufen und Qualifikationen in ihren jeweiligen Branchen fordern. Der tatkräftige Verband der Elektro- und Elektronikindustrie (*Fédération des industries mécaniques électriques et électroniques*, FIMME) war zwar nicht an dem Projekt beteiligt, leistete aber 2003 Pionierarbeit mit der Erstellung einer Reihe von berufskundlichen Blättern, die sich am Vorbild der französischen ROME-Blätter orientierten, wie sie von der staatlichen Arbeitsverwaltung in Frankreich (ANPE) verwendet werden. Die berufskundlichen Blätter sollten als Grundlage einer Beobachtungsstelle für Berufe in diesem Sektor dienen und könnten als hochinteressantes Pilotvorhaben für die anderen Berufsverbände betrachtet werden.

Die Unterstützung der ETF bestand in dem Vorschlag, auf der Grundlage der Arbeiten einer Sektoren übergreifenden Arbeitsgruppe sowie sektoraler Arbeitsgruppen sektorale Beobachtungsstellen für Berufe einzurichten. Diese sollten die erste Etappe im Aufbau eines Netzwerkes von Partnern bilden, die in der Lage sein sollten, sachdienliche Daten für die strategische Steuerung der Beschäftigungs- und Berufsbildungspolitik zu liefern. Wohl erscheint die von den Berufsverbänden geforderte Einrichtung sektoraler Beobachtungsstellen unabdingbar, doch gilt es einen umfassenderen Ansatz ins Auge zu fassen, der auf die Verankerung einer „Beobachtungstätigkeit“ auf nationaler Ebene abzielt, indem er sich um die Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen bemüht (in erster Linie die Direktion für Statistik [*Direction de la statistique*], die Nationale Agentur für die Förderung von Beschäftigung und Kompetenzen [*Agence nationale pour la promotion de l'emploi et des compétences*] sowie die Sozialpartner). Ende 2004 hatten aber lediglich erste Zusammenkünfte der entsprechenden Arbeitsgruppen stattgefunden.

Tunesien

Die tunesische Regierung hat der Berufsbildung in ihrer Strategie zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und Entwicklung der Humanressourcen des Landes (das Programm MANFORME zur Anpassung der Unternehmen und der Berufsbildung) einen zentralen Platz zugewiesen. Die wichtigsten in diesen Bereich eingebundenen Institutionen waren die für Berufsbildung zuständigen Einrichtungen (insbesondere die Tunesische Behörde für Berufsbildung – *Agence Tunisienne de la Formation Professionnelle*, ATFP) und die Arbeitsverwaltung (die Tunesische Behörde für Beschäftigung – *Agence Tunisienne de l'Emploi* (ATE) – die jüngst in „Tunesische Behörde für Beschäftigung und Selbstständigkeit“ umbenannt wurde).

Was die Berufsbildung betrifft, so wird bei Diagnose der vorhandenen Probleme deutlich, welche wichtige Rolle künftig den Informationen über Beschäftigung und Arbeitsmarkt zukommen wird. Lange Zeit hatte der Arbeitskräftebedarfsansatz (*manpower approach*) bei der Vorhersage des

Qualifikationsbedarfs und der Gestaltung von beruflichen Ausbildungsgängen eine vorherrschende Rolle gespielt. „Mit der Entwicklung einer Marktwirtschaft und dem Rückzug des Staates als Arbeitgeber bedarf es nun eines Ansatzes für die Planung und Zuweisung von Mitteln, bei dem den verschiedenen Wirtschaftsakteuren eine Arbeitsmarktanalyse und die Marktsignale für das Qualifikationsangebot und die Qualifikationsnachfrage zur Verfügung stehen. Die derzeit übliche staatliche Planung der künftigen Entwicklung des Ausbildungsbedarfs muss abgelöst werden durch eine Arbeitsmarktanalyse, für die es noch keine verlässlichen und punktgenauen Informationen gibt.“⁽¹⁰⁾

Die Arbeitsverwaltungen stehen vor drei großen Problemen: die wachsende Zahl von Dienstleistungen für erstmalig Stellensuchende; das Fehlen exakter Kosten-Nutzen-Daten, die eine Evaluierung der Wirksamkeit der verschiedenen von der ATE durchgeführten Programme ermöglichen würden; das Fehlen schließlich von Arbeitsmarktdienstleistungen für entlassene Arbeitnehmer.

Das zweite Projekt für Beschäftigung und Berufsbildung wurde durch ein Darlehen der Weltbank finanziert, um die Regierungsstrategie zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der tunesischen Volkswirtschaft zu unterstützen. Sein Hauptziel war, die Berufsbildung und die Arbeitsmarktdienstleistungen besser auf die Bedarfe der Individuen und Unternehmen abzustimmen, indem man bessere Informationen über den Arbeitsmarkt bereitstellte. Das Projekt umfasste drei Teilbereiche: A. der Aufbau eines Informationssystems über den Arbeitsmarkt, B. die Entwicklung von Arbeitsmarktdienstleistungen, C. die Entwicklung von Berufsbildungsangeboten (wofür 81 % des Darlehens aufgebraucht wurden).

Zur Verbesserung der Arbeitsmarktinformation sah das Projekt drei Maßnahmen vor: (i) die Entwicklung eines Arbeitsmarktinformationssystems und die Stärkung der institutionellen Fähigkeit des MEFP, die Arbeitsmarktentwicklung zu verfolgen sowie die vorhandenen Informationsquellen über den Arbeitsmarkt effizienter zu nutzen; (ii) die Entwicklung der Fähigkeit des MEFP, die Rentabilität und Effizienz der Ausbildungs- und Beschäftigungsprogramme bzw. der Dienstleistungen in diesem Bereich zu beobachten und zu verbessern und ihre Wirksamkeit zu bewerten; (iii) die Einführung eines Systems zur Informationsverbreitung, die Durchführung von Maßnahmen zur Beobachtung der sozioprofessionellen Entwicklung und von kleinen Umfragen sowie die Erstellung eines regelmäßig erscheinenden Berichts, der den einzelnen Unternehmen Hilfen anbietet, die es ihnen ermöglichen, an den Marktsignalen orientierte Entscheidungen über Ausbildungsmaßnahmen zu treffen.

Die detaillierte Projektbeschreibung enthielt Angaben, aus denen die ursprüngliche fachlich-technische Ausrichtung des Vorhabens genau hervorgeht. Die verschiedenen Zielsetzungen des Informationssystems über den

⁽¹⁰⁾ Auszug aus einem Evaluierungsbericht über die Berufsbildung vom 14. März 1996 (unveröffentlichter Bericht des Ministeriums für Berufsbildung).

Arbeitsmarkt erforderten eine Reihe von Maßnahmen: so zunächst „die Entwicklung eines strategischen Planungsansatzes zur Verbesserung der Arbeitsmarkteffizienz“, was die Herausgabe eines Beschäftigungsberichts, die Entwicklung eines Modells für das Verhalten des Arbeitsmarktes und die regelmäßige Durchführung von Erhebungen verlangt. Dann soll „die Effizienz des aktiven Planungssystems für Berufsbildung und Arbeitsmarkt“ sichergestellt werden, was die Festlegung von Indikatoren für die Analyse des Berufsbildungssystems und die periodische Evaluierung der Beschäftigungsprogramme (mithilfe spezieller Erhebungen) erfordert. Schließlich „die Entwicklung von Informationen, mithilfe derer öffentliche und private Akteure ihre Einstellungs- und Ausbildungsmethoden rationaler fundieren können“, was zur Schaffung eines Systems führt, das die Beobachtung der Gehälter, der Beschäftigung und der Kosten der Berufsbildung ermöglicht, um Signale für den Arbeitsmarkt zu entwickeln.

Die Leistungen der tunesischen Beobachtungsstelle sind nach wie vor kaum sichtbar

Der Teilbereich „Informationssystem“ des Projekts wurde 1997 mit der Konzeption einer Reihe von Studien eingeleitet, deren Durchführung privaten Planungsbüros übertragen wurde. Es wurden mehrere Vorhaben in Angriff genommen, von denen folgende die wichtigsten ⁽¹⁾ waren: Evaluierungsstudien über die Wirkung der Erstausbildung, eine Studie über Arbeitsmarkt- und Berufsbildungsindikatoren, eine Studie zur Harmonisierung der statistischen Quellen und der Nomenklaturen, das makroökonomische Modell für das Verhalten des Arbeitsmarktes, ein Glossar der Berufe und Arbeitsplätze sowie eine nationale Karte des Berufsbildungsangebots. Auf institutioneller Ebene wurde im Jahr 2000 eine Beobachtungsstelle für Beschäftigung und Qualifikationen (ONEQ) geschaffen, die den Status einer der Generaldirektionen des MFPE hat.

Die zahlreichen Arbeiten, die in den Jahren 1997 bis 2003 durchgeführt wurden, müssen an den tatsächlich erzielten Resultaten gemessen werden. Das Indikatorensystem führte nicht zu einem einsatzbereiten System, obwohl in der ONEQ eine elektronische Datenbank geführt wird, die jedoch nur für die interne Nutzung bestimmt ist. Das Harmonisierungsprojekt konnte nicht abgeschlossen werden. Das makroökonomische Modell wurde nicht offiziell bekannt gemacht (es existiert kein Dokument, in dem es erläutert wird). Das Glossar wurde nicht als Handbuch für die Dienststellen der betroffenen Ministerien eingeführt. Die Studien zur Evaluierung der Erstausbildung wurden nicht veröffentlicht, da die angewendete Methodik für nicht stichhaltig erachtet wurde (die Weltbank selbst hat die Studien kritisch bewertet).

Infolge der Aufteilung des Ministeriums für Berufsbildung und Beschäftigung (die Berufsbildung wurde Ende 2002 im Zuge einer Umstrukturie-

⁽¹⁾ Siehe das (undatierte) Dokument des tunesischen Ministeriums für Berufsbildung und Beschäftigung: „présentation de l'Observatoire national de l'emploi et des qualifications.“

rung der Ministerien dem Bildungsministerium angegliedert) ist die ONEQ nicht mehr intensiv in die Entwicklung der beruflichen Bildung eingebunden, sondern wird eher zur Unterstützung der neuen politischen Schwerpunkte des Arbeitsministeriums herangezogen, das sich vorrangig mit der Beschäftigungssituation bei Führungskräften, mit der konjunkturellen Beobachtung des Arbeitsmarktes und der Gründung von Kleinstunternehmen befasst. Letztlich nimmt also die tunesische Beobachtungsstelle noch nicht den Platz ein, der ihr im tunesischen Beschäftigungsinformationssystem zukäme.

Vergleich der verschiedenen nationalen Ansätze

Die vorangegangenen Erläuterungen haben eine vereinfachte (aber keinesfalls verzerrte) Beschreibung des beschwerlichen Wegs geliefert, den die drei Länder eingeschlagen haben, um Beobachtungsstellen einzurichten, die der Verbesserung der Beschäftigungssituation und der Erhöhung der Effizienz der Berufsbildung dienen sollen. Es wird deutlich, dass diese Bemühungen bis Ende 2004 noch nicht zur Erzeugung der erwarteten Daten und neuer Informationen geführt haben.

In allen drei Ländern gelang es den Akteuren im Bereich Beschäftigung-Ausbildung und den Statistikern während eines Zeitraums von sieben Jahren nicht, effiziente und produktive Institutionen oder Netzwerke aufzubauen, die insbesondere in der Lage wären, die in den Projekten für die Reform der Berufsbildung formulierten Problemstellungen zu behandeln und dabei den Arbeitsmarkt und die Bedarfe der Unternehmen zu berücksichtigen. Die Projekte enthalten lange Listen der durchzuführenden Maßnahmen, die jedoch nicht zu überzeugenden Ergebnissen geführt haben oder oftmals noch gar nicht eingeleitet wurden. So wurden in Tunesien mit der Einrichtung einer dem Arbeitsministerium angegliederten Beobachtungsstelle erste konkrete Schritte unternommen, die jedoch bislang kaum sichtbare Resultate erbracht haben. Die in Algerien vom Arbeitsministerium geschaffene Beobachtungsstelle ist noch zu neu, als dass sich ihre Sachkunde und Effizienz beurteilen ließe. In Marokko befindet sich die Beobachtungsstelle erst im Planungsstadium.

Das heißt jedoch nicht, dass keine Fortschritte im Bereich der Erzeugung von Beschäftigungsdaten gemacht wurden. Insbesondere die staatlichen Ämter für Statistik haben ihre Erhebungen zur Beschäftigung verbessert (Einführung von Quartalerhebungen in Marokko, Durchführung einer jährlichen Erhebung sowie Planung von Quartalerhebungen in Tunesien) und haben außerdem neue Erhebungen über die Unternehmen durchgeführt (insbesondere über die Kleinstbetriebe).

Doch die von den staatlichen Ämtern für Statistik entwickelten Ansätze zur Erhebung von Beschäftigungsdaten sind den Akteuren im Berufsbildungsbereich und den für beschäftigungsfördernde Maßnahmen zuständigen Einrichtungen nicht immer von Nutzen. So gibt der sehr allgemeine Charakter der verfügbaren Resultate, der im Wesentlichen auf zu kleine Stichproben zurückzuführen ist, keine Antworten auf Fragen, die sich auf regionaler und lokaler Ebene stellen. Infolge des Fehlens einer an die Be-

dürfnisse der beruflichen Bildung angepassten Nomenklatur der Berufe/Arbeitsplätze stehen den entsprechenden Fachdienststellen keine nach Arbeitsplatztypen aufgeschlüsselten Daten zur Verfügung.

Zu den zentralen Fragen zählt außerdem nicht nur die Klärung der Zielsetzungen, sondern auch des institutionellen Charakters der Beobachtungsstellen. So hat man die Wahl zwischen einer ministeriellen Dienststelle und einem partnerschaftlichen Konstrukt (in Form eines Netzwerkes), das weitaus besser an die Gegebenheiten des Bereichs Beschäftigung-Ausbildung angepasst zu sein scheint, doch viel schwieriger umzusetzen ist. Die Frage der Partnerschaften wurde in Algerien direkt angegangen, was bisher aber noch zu keinen konkreten Ergebnissen geführt hat, während man in Tunesien und Marokko die Auseinandersetzung mit diesem Aspekt eher vermieden hat. Insbesondere die Arbeitsverwaltungen weisen selbst Defizite auf (außer in Tunesien), obwohl sie das Herzstück solcher Einrichtungen sind. Niemand hat sich jedoch bisher mit dem genauen Charakter der zu erzeugenden Informationen, den anzuwendenden Methoden und den jeweiligen Verantwortlichkeiten der Beteiligten (Arbeitsteilung) befasst.

Wir werden im Folgenden sehen, dass sich bei den tatsächlich eingeleiteten Maßnahmen zahlreiche Hindernisse auftaten, die den Aufbau der Beobachtungsstellen verzögern.

Strategien, die auf vielfältige Schwierigkeiten stießen

Es soll hier keine regelrechte Evaluierung der Bemühungen der Maghreb-Länder um die Einrichtung von Beobachtungsstellen für Beschäftigung und Berufsbildung vorgenommen, sondern lediglich herausgearbeitet werden, inwieweit die Hindernisse für solche Projekte bisher unterschätzt wurden.

Die Konzeption und Einrichtung von Beobachtungsstellen hat sich in diesen Ländern als Vorhaben voller Fallstricke erwiesen, obwohl die notwendigen finanziellen Mittel vorhanden waren: Das Heranreifen der Konzepte vollzog sich sehr langsam, und auch wenn in den letzten Jahren im Vergleich zu der vorangehenden Phase relativen Stillstands (Fourcade, 2000) merkliche Fortschritte erzielt wurden, so stellt sich die Frage, welches die Hauptursachen dafür waren, dass die Beobachtungsstellen in den Maghreb-Ländern heute immer noch nicht als funktionsfähig betrachtet werden können.

Drei wichtige Gruppen von Faktoren haben sich als hinderlich ausgewirkt: das Fehlen einer angemessenen Informationskultur, institutionelle Hindernisse, technisch-fachliche Gründe.

Das Fehlen einer Kommunikationskultur wird in der Arbeitsweise der öffentlichen Verwaltungen der drei Länder besonders deutlich. Die Ministerien und Verwaltungsbehörden, die als zentrale und mächtige Akteure in den administrierten Volkswirtschaften auftraten, haben in ihren Zuständigkeitsbereichen, die sie immer noch sorgsam zu hüten versuchen, ein auf Abschottung bedachtes Gebaren bei der Informationserzeugung und -aufbereitung entwickelt. Vorhandene Informationen sind in der Regel nur für den internen Gebrauch bestimmt, sie werden nicht veröffentlicht und

verbreitet, denn sie sollen gar nicht oder nur in beschränktem Umfang in Umlauf gesetzt werden. Es ließen sich zahlreiche Fälle anführen, in denen Informationen nicht einmal zwischen Ministerien mit sich überschneidenden Zuständigkeitsbereichen oder zwischen den Dienststellen ein und desselben Ministeriums ausgetauscht werden. Die neuen, den Ministerien unterstellten Stellen, die für die arbeitsmarktpolitischen Aktionsprogramme verantwortlich sind, sind meist in der gleichen Weise verfahren und haben auf ihrer Verantwortungsebene kein leistungsfähiges Informationssystem entwickelt⁽¹²⁾.

Das Zurückhalten von Informationen war über lange Zeit die alles bestimmende, stillschweigende Verfahrensregel in den Verwaltungsbehörden, und dies galt insbesondere für strategische und sensible Daten (wie die Frage der Arbeitslosigkeit). Es scheint daher schwierig, innerhalb kurzer Zeit eine Kultur des Austauschs, der Öffnung und der Diskussion über Informationen und ihre Erzeugung zu entwickeln. Folglich ist die Politik der Veröffentlichung und Bereitstellung von Informationen eine heikle Angelegenheit. Die Einrichtung von „Internetseiten“ ist ein wichtiger Schritt nach vorn, bietet jedoch keine Gewähr dafür, dass die verbreiteten Informationen brauchbar und stichhaltig sind. Der Übergang von der administrierten Wirtschaft zu einer offenen Marktwirtschaft erfordert veränderte Formen des Regierens und neue Wege der Bereitstellung der von den Akteuren benötigten Sozialdaten.

Auf institutioneller Ebene besteht ein potenzieller Konflikt zwischen den Arbeitsministerien und den Ministerien für Berufsbildung, wenn es darum geht, die Projekte für Beobachtungsstellen für den Bereich Beschäftigung-Ausbildung umzusetzen. Einzig Tunesien gelang es rund zehn Jahre lang, beide Bereiche einem Ministerium zu unterstellen (das Ministerium für Berufsbildung und Arbeit) und mit dem Aufbau einer angegliederten Beobachtungsstelle zu beginnen, die mit der Erzeugung von Informationen über beide Teilbereiche betraut werden sollte. Die erneute Aufteilung beider Ressorts auf zwei Ministerien im Jahre 2002, ohne dass die neu geschaffene Stelle (die ONEQ) sich als effizient und innovativ erweisen konnte, unterstreicht die Schwierigkeiten, auf institutioneller Ebene eine funktionsfähige Verbindung zwischen den Bereichen Berufsbildung und Beschäftigung herzustellen, die gleichwohl unbedingt erforderlich wäre.

Als im Rahmen der Projekte zur Unterstützung der Arbeitsministerien – die für gewöhnlich finanziell schlecht ausgestattet und weit gehend durch die althergebrachten autoritären und kontrollorientierten Strukturen geprägt sind, welche sich oftmals beispielhaft in der Arbeitsinspektion verkörpert finden – Beobachtungsstellen eingerichtet wurden, hatten diese mit der geringen Bereitschaft der Ministerien zu kämpfen, sich Indikatoren zu

⁽¹²⁾ Mit einigen wenigen Ausnahmen wie die CNAC (*Caisse Nationale d'Assurance Chômage* – Staatliche Arbeitslosenversicherung) – in Algerien oder die ANETI (*Agence Nationale de l'Emploi et du Travail Indépendant* – Staatliche Agentur für Beschäftigung und selbstständige Erwerbstätigkeit) in Tunesien.

verschaffen, die den geringen Nutzen der umgesetzten politischen Maßnahmen offenbaren könnten.

Überdies erweist es sich für die für Berufsbildung und/oder Beschäftigung zuständigen Fachministerien als äußerst schwierig, kompetentes Fachpersonal einzustellen oder auszubilden, das über hohe Professionalität im Umgang mit Sozialdaten und eine echte Kenntnis der Arbeitsmarktmechanismen und der Beziehung Beschäftigung-Ausbildung verfügt. Die Studienabteilungen dieser Ministerien bestehen zwar in der Regel aus Hochschulabsolventen, doch verfügen diese selten über einen Abschluss in den am besten geeigneten Fachbereichen, und fast niemals handelt es sich um ausgebildete Statistiker, die ein Studium an einer entsprechenden in- oder ausländischen Hochschuleinrichtung absolviert haben⁽¹³⁾. Wenn es den Fachministerien gelingt, Mitarbeiter mit dem passenden Profil einzustellen oder auszubilden, dann wandern diese meist bald zu effizienter arbeitenden Organisationen ab, die vor allem auch bessere Verdienstmöglichkeiten bieten. Den ministeriellen Dienststellen gelingt es also nicht, den Nachwuchs an Führungskräften sicherzustellen, die über das erforderliche „fachliche Kapital“ verfügen.

Ein besonders augenfälliger Mangel an Kontakten und Kooperation bei der Erzeugung von Daten besteht zwischen den Arbeitsministerien, den Ministerien für Berufsbildung und den staatlichen Ämtern für Statistik. Die unzureichende Zusammenarbeit zwischen diesen Stellen wird in allen drei Ländern deutlich, und hier insbesondere auf dem Gebiet von Beschäftigungserhebungen in den Unternehmen. Das Fehlen von ausgebildeten Statistikern in den Ministerien für Arbeit und Berufsbildung erweist sich noch zusätzlich als erschwerend für die Entwicklung einer Zusammenarbeit.

Auch in fachlich-technischer Hinsicht wurde nicht konsequent genug vorgegangen, um die Voraussetzungen für die Erzeugung neuer Arbeitsmarktdaten zu schaffen. Es gab keine entscheidenden Innovationen hinsichtlich der konzeptuellen Grundlagen, der anzuwendenden Methodik und der zu schaffenden Erhebungsinstrumente. Es wurde nicht ausführlich erörtert, welchen Informationsbereichen vorrangige Bedeutung eingeräumt werden soll, welche Indikatorenbatterien am stichhaltigsten und welches die wirtschaftlichsten Methoden zu ihrer Ermittlung sind. So befassen sich beispielsweise die in Algerien durchgeführten Vorstudien eher mit der Organisationsstruktur der künftigen Beobachtungsstelle als mit ihren technisch-fachlichen und konzeptuellen Erfordernissen.

Bei den absolut grundlegenden Daten gibt es die schwerwiegendsten Lücken in Bezug auf die Arbeitsmarktmechanismen, und hier insbesondere im Hinblick auf die Beobachtung und Untersuchung des Ungleichgewichts zwischen Arbeitskräfteangebot und -nachfrage, die eigentlich in der Verantwortung der staatlichen Arbeitsvermittlungen liegen sollte. Die Probleme Algeriens und Marokkos, ihre Arbeitsverwaltungen so zu orga-

⁽¹³⁾ Tunesien unternimmt derzeit einen interessanten Kooperationsversuch mit Studenten der staatlichen Hochschule für Statistik.

nisieren, dass sie in der Lage sind, verlässliche und stichhaltige Daten über verschiedene Populationen zu liefern, berauben die Beobachtungsstellen einer wertvollen Informationsquelle.

Wenn dieser technische Fortschritt in der Erzeugung von Daten und Informationen über den Bereich Beschäftigung-Ausbildung gelingen soll, dann ist das Netzwerkmodell eindeutig erste Wahl und wird auch von der Europäischen Stiftung für Berufsbildung empfohlen. Dieses Modell erscheint jedoch als Maximalforderung, die den noch tief verwurzelten Abschottungstendenzen zuwiderläuft. Um die Blockade zu lösen, müssen die Initiativen für Beobachtungsstellen für Beschäftigung und Berufsbildung von höchster politischer Ebene ausgehen, wie es auch bei den Programmen zur Strukturanpassung der Unternehmen der Fall war. Der an sich bereichsübergreifende Charakter der Beziehung Beschäftigung-Ausbildung erfordert nicht so sehr die Schaffung bereichsübergreifender Instanzen, sondern vielmehr Ad-hoc-Zusammenkünfte von Partnern, die in verschiedenen Konstellationen direkt an der Erzeugung der für wichtig erachteten Datenkategorien beteiligt sind. So zum Beispiel: das Arbeitsministerium und das staatliche Institut für Statistik bei Erhebungen in den Unternehmen; das Arbeitsministerium und das Ministerium für Berufsbildung bei Erhebungen über die berufliche Eingliederung von jungen Ausbildungsabsolventen usw.

Und noch einen weiteren fachlich-technischen Aspekt gilt es zu berücksichtigen: Die Beobachtungsstellen können sich nicht länger nur auf die Beziehungen zwischen Berufsbildung und Beschäftigung beschränken, sondern müssen alle Bildungsarten und -niveaus sowie ihre Beziehungen zu allen Berufen berücksichtigen und dabei auch das lebenslange Lernen einbeziehen. Die Bereiche der allgemeinen Bildung und der Hochschulbildung müssen sich daher an den Netzwerken beteiligen.

Darüber hinaus müssten die Beobachtungsstellen als Instrumente des sozialen Dialogs fungieren, wie insbesondere das Internationale Arbeitsamt empfiehlt, und sie müssten in diesem Sinne die Partner als Informationsnachfrager und sogar als Informationserzeuger etablieren. Allerdings ist die politische Unabhängigkeit dieser Partner nicht immer gewährleistet und die Verfahren des sozialen Dialogs stecken erst in den Anfängen. Zudem kann die Repräsentativität der Verbände häufig infrage gestellt werden. Schließlich ist auch die Fachkompetenz der Sozialpartner im Hinblick auf die neuen Fragen in Zusammenhang mit den Arbeitsmarktmechanismen nur wenig entwickelt (Welches sind die stichhaltigen Informationen, die benötigt werden? Welche Ausbildungsbedarfe sind vorhanden? Wie lassen sie sich definieren? usw.).

Nicht zu vergessen ist zu guter Letzt, dass die Einrichtung von Beobachtungsstellen im Zuge der Bemühungen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Länder, die den Beitritt zur Freihandelszone mit Europa anstreben, nicht mit den jeweiligen nationalen Kapazitäten allein zu bewerkstelligen ist. Durch die Einbeziehung ausländischer Experten können ergänzende Ausbildungsaspekte, insbesondere in methodischer Hinsicht, berücksichtigt werden, weil diese Fachleute ihre Erfahrung an die mit die-

ser neuen gesellschaftlichen Aufgabe betrauten Verantwortlichen auf nationaler Ebene weitergeben. Die Vernetzung mit den europäischen Partnern gehört ebenfalls zu den Zielsetzungen, die zur Verbesserung der Analysekompetenz der nationalen Verantwortlichen anzustreben sind. In dieser Hinsicht ist das Programm ETE, das kürzlich von der Europäischen Stiftung für Berufsbildung initiiert wurde, ein Zeichen für die Entstehung eines Raums für den fachlichen Austausch, der den Aufbau von Beobachtungsstellen in der MEDA-Region fördern soll. Ein solcher Raum, in dem es einigen Ländern rascher als anderen gelungen ist, effiziente Maßnahmen und Verfahren einzuführen, kann mittels der Verbreitung und Diskussion wegweisender erprobter Verfahren den Aufbau der Beobachtungsstellen beschleunigen.

Schlussfolgerungen

Die Beobachtungsstellen für Beschäftigung und Berufsbildung wurden in den neunziger Jahren vor allem als Bestandteil der Maßnahmen zur Redynamisierung der Berufsbildung konzipiert, um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und damit die Integration in die FHZ zu fördern. Die ersten Projekte zur Förderung dieser Maßnahmen wurden 1997 initiiert, doch war im Jahr 2004 festzustellen, dass die Beobachtungsstellen in den Maghreb-Ländern immer noch nicht funktionsfähig sind oder bestenfalls als administrative Strukturen existieren. In allen Fällen sind sie in der Sozialumgebung kaum „sichtbar“. Sie waren als Instrumente zur fachlich-technischen Flankierung des Wandels der Arbeitsmärkte und der Berufsbildungssysteme konzipiert worden, konnten sich aber bisher nicht als solche durchsetzen.

Daher wäre es derzeit kaum möglich, positive Resultate oder Verbesserungen aufzuzeigen und zu analysieren, die sie im Bereich der Erzeugung von Sozialinformationen erbracht hätten und die im Zusammenhang mit der Öffnung der Volkswirtschaften und der Planung der Berufsbildungssysteme dienlich wären.

Die Einrichtung von Beobachtungsstellen für den Arbeitsmarkt, die mit Unterstützung von Geldgebern im Rahmen von überwiegend berufsbildungsbezogenen Projekten erfolgte, wurde behindert durch die tief verwurzelte Neigung zur Zurückhaltung von Sozialinformationen, aber auch durch die Unerfahrenheit der Akteure und eine Reihe konzeptueller und methodischer Schwächen.

Dennoch dürften in den nächsten Jahren in allen drei Ländern die Aufgaben der Marktbeobachtung und Voraussage der Bedarfsentwicklung tatsächlich weit effektiver wahrgenommen werden. Die grundlegende Schwierigkeit liegt darin, dass es kein fertiges Konstruktionsmuster oder Modell für die Beobachtungsstellen gibt. Jedes Land muss seinen eigenen Weg finden, um zum Erfolg zu gelangen, wobei nichts dagegen spricht, dass man sich dabei um den Austausch bewährter Verfahrensweisen und um Konvergenz

zwischen den Partnerländern der Europäischen Union bemüht.

Im Bereich der Erzeugung von Sozialdaten, in dem ein partnerschaftliches Vorgehen unerlässlich ist, vermag sich dieser gleichwohl elementare und vernünftige Gedanke nur mühsam durchzusetzen. Die Schaffung einer Beobachtungsstelle (die man sich eher als Aufgabenbereich denn als Institution oder Einrichtung vorstellen muss) erfordert, dass alle Bedingungen für die Erzeugung von Sozialdaten neu überdacht werden: Wer erzeugt sie? Welche Ziele werden damit verfolgt? Welche Konzepte und Methoden sind dabei anzuwenden? Das Ausmaß dieser Aufgabe wurde bisher weitgehend unterschätzt. Die Maghreb-Staaten müssen rasch, und zwar sowohl jedes Land für sich als auch alle gemeinsam, verstärkt in dieses Vorhaben investieren, wenn sie sich ein Steuerungsinstrument für die Politik der Humanressourcenentwicklung beschaffen wollen, das für den Beitritt zur FHZ erforderlich ist. ■

Literaturverzeichnis

- Ben Sédrine, S.; Geisser, V. Les diplômés à la sortie de l'Université, devenir social et stratégies d'insertion professionnelle. *Monde Arabe Maghreb-Machrek*, Juli - September 1997, Nr. 157.
- Bernard, C. *Ajustement structurel et secteur informel au Maghreb*. In: Vernières, M. (Hrsg.). *Ajustement, éducation, emploi*. Paris: Economica, 1995.
- Bounoua, C. *Processus d'informalisation de l'économie algérienne et économie de marché: éléments d'une problématique*. Communication aux XII^{èmes} journées d'étude du Graticce. Paris: Juni 2002.
- Charmes, J. *Mesure statistique de la population active et du secteur informel en Algérie. Situation actuelle et orientations méthodologiques*. Rapport de la mission pour le Bureau Statistique des Nations Unies et le Pnud auprès de l'ONS, 1991.
- Charmes, J. *Secteur informel et emploi informel au Maghreb: un état des lieux et des connaissances par rapport à d'autres expériences dans le monde*. Colloque international: la question de l'emploi en Afrique du nord. Tendances récentes et perspectives 2020. Alger: 26.-28. Juni 2004.
- Edjekouane. *Quelques éléments d'analyse du chômage*. Rapport au Conseil National Économique et Social, République Algérienne Démocratique et Populaire. Alger: Juni 1998.
- Fourcade, B. *Les observatoires de l'emploi et de la formation professionnelle, outils de gestion des transformations du marché du travail? Les cas de l'Algérie et de la Tunisie*. LIRHE, Dezember 2000, Nr. 333.
- Hammouda, N.E. *Secteur et emploi informels en Algérie: définitions, mesures et méthodes d'estimation*. Communication aux XII^{èmes} journées d'étude du GRATICE. Paris: Juni 2002.

- Hammouda, N.E.; Musette, M.S. La mesure de l'activité en Algérie: une nouvelle génération d'indicateurs du marche du travail? In: Alcouffe, A.; Fourcade, B.; Plassard, J.M.; Tahar, G. (Hrsg.). *Efficacité versus équité en économie sociale*. Paris: L'Harmattan, 2000.
- Ghali, S.; Mohnen, P. Restructuring and economic performance: the experience of the tunisian economy. In: *Série scientifique*. Montreal: März 2002. (Cirano Working Papers, Nr. 26).
- MFPE. *Conférence sur la formation professionnelle dans le bassin méditerranéen*. Barcelona, 24.-26. November 1996.
- Ministère de l'industrie et de l'énergie tunisien. Enquête d'évaluation du PMN. *Bulletin de la mise à niveau*, Mai 2002, Nr. 5.
- Musette, M. S. *Sources et qualité des données sur l'activité en Algérie*. CREAD, 1997.
- Musette, M.S.; Isli, M.; Hammouda, N.E. *Marché du travail et emploi en Algérie: éléments pour une politique nationale de l'emploi*. Communication à la Conférence Euro-Maghrébine organisée par le Ministère de la formation professionnelle et le Bureau de l'OIT à Alger sur le thème "la Formation, l'emploi et l'employabilité", 27.-29. April 2002.
- Rama, M. How bad is unemployment in Tunisia? Assessing labor market efficiency in a developing country. *The World bank Research Observer*, Februar 1998, Bd. 13, Nr. 1.
- Sbouï, F. *Les systèmes productifs informels en Tunisie: diversité, dynamisme et efficacité*. Communication aux XII^{èmes} journées d'étude du Gratice. Paris: Juni 2002.
- Talahite, F. Les statistiques de l'emploi et de la formation en Algérie, une approche en termes de conventions. In: *Éducation et emploi dans les pays du Maghreb*. Céreq: Juli 1997, Dokument Nr. 125.
- Vernières, M. (Hrsg.). *Ajustement, éducation, emploi*. Paris: Economica, 1995.